

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Dresden, 1897

Phand
Condensirte Milch
Beste Kindernahrung
Dresdner Molkerei
Gebr. Phand

Curt Heinsius Ing.
Geräthschloss
Thürschliesser
Dresden-N., Kurfürstenstr.
Ecke Theaterstr., Fernspr. A. H. 210.
Reichhaltige Garantie.
8 Mal prämiirt, 80.000 Stück in Fraction,
Königsberg Probe.

Closets & Badeartikel
in großer Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Dresden-A. Marienstr. 11.
gegenüber 3. Röhren
Fabrik: Fischhofplatz

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten
elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche
Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

Grosses
Lager!
Garten-Schläuche
Reinhardt Leupolt, Dresden-A. Wetzlarstr. 15.
Telephon 359

Reise-Artikel
als: Reise-Etuis, Reise-Necessaires,
Apotheken, Besteck-Etuis, Plaidhüllen etc.
empfehlen in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitenkarten-Photographien 12 St. 6 M., lebensgroße Brustbilder in Oel oder Pastell von 100 Mk. an in anerkannt künstlerisch. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstrasse 16, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 3585.

Str. 151. Spiegel: Griechische Kriegsentwickelung, Hofnachrichten, Kirchenfond, Eisenbahnverkehr, nationalliberaler Landesverein, Lieberthal, Baugenossenschaft, Gerichtsverhandlungen. **Wirthschaftliche Witterung:** Weist günstig. **Dienstag, 1. Juni.**

Politisches.

Den sog. moralischen Kassenregister werden die modernen Kassen wohl niemals kennen lernen. Ihre Ansprüche sind nach ihrer schimpflichen Niederlage beinahe noch geistiger geworden als vorher. Sie empfinden diese nicht als eine Demüthigung und Blamage, nicht als eine Wahnung zur Einkehr und Selbstkenntnis, sondern sie konstatiren sich ein ganz besonderes Recht, das Recht als Besiegte unverfesselt und unverkühlt zu bleiben. Ein angezeichnetes athenisches Blatt hat allen Verstand erklärt, daß viel bewundernswerther als die Tapferkeit der Sieger der Muth der Besiegten sei, wenn sie ihre Niederlage als Männer ertragen; dazu werde ein höherer Seelenmuth erfordert. Dieser höhere Seelenmuth auf Seiten der Griechen behält sich dadurch, daß sie die Friedensbedingungen des Siegers sammt und sonders zurückgewiesen haben, obwohl den Türken der Zugang zu den Thoren ihrer Hauptstadt so gut wie offen steht und die Griechen nicht den geringsten Widerstand mehr zu leisten vermöchten, wenn die Flotte ihre Forderungen mit Waffengewalt geltend machen würde. Es giebt kein klägliches Bild, mehr jenes athenische Blatt weiter, als das des Hundes, der den Schwanz zwischen die Beine stemmt und bellend davonläuft; ebensowenig giebt es etwas Majestätischeres, als den Löwen, der besiegelt zurückweicht. Nach dem militärischen, nationalen und moralischen Zusammenbruch und angesichts einer drohenden Revolution im Innern fühlen die modernen Griechen die Majestät des Löwen in ihren Adern, die sie an den Tag legen, indem sie jetzt, nachdem der unaufhaltsame Löwenreißer durch den von ihnen mit Hilfe der Mächte erbetenen Waffenstillstand ein Ziel erreicht ist, von Neuem mit dem Wunde ganz Europa Trotz bieten. Wie ausgezeichnet paßt das Bild des majestätischen Löwen auf die Nachkommen des Heldenkönigs Leonidas! Der einzige verwendete höhere Offizier der Griechen, der Oberst Makromichalis, der jetzt zum Generalmajor befördert worden ist, erzieht die leichte Bekleidung auf demjenigen Kaserneplatz, dem man dem Feinde beim Ausweichen zuschreien pflegt. „Es wurden der Ahnen Wunden“, singt der „Klabberdäufel“, „worn an der Brust gefunden; die Wunden aber der Enkel sitzen am Hinterstumpfen.“

Am meisten scheinen sich die Griechen darüber aufzuregen, daß die Türken die Annahme besitzen, eine Kriegsentwickelung zu fordern. Die Einen sagen, eine solche kann nicht gewagt werden, weil darunter die europäischen Gläubiger leiden würden; Andere, die etwas weniger naiv sind, behaupten, ihr Land sei gar nicht in der Lage, irgend eine nennenswerthe Kriegsentwickelung aufzubringen. Demgegenüber weist die „Köln. Ztg.“ nach, daß Griechenland sehr wohl im Stande sei, eine recht ansehnliche Kriegsentwickelung zu zahlen und seine alte Schuldenlast dazu noch und nach abzutragen, wofür nur mit fester Hand eine vernünftige und gerechte Verwaltung durchgeführt und die bisherige schredliche Miswirtschaft beseitigt wird. In dem griechischen Staatshaushalt für 1896 werden die Ausgaben für das Heer auf 15,900,585, für die Marine auf 5,599,300 Drachmen (gleich Franken), also zusammen auf 21,500,885 Drachmen angegeben. Es ist ohne Weiteres klar, läßt die „Köln. Ztg.“ auch, daß fortan diese Summen um mindestens die Hälfte, ja, noch mehr verringert werden können; denn auch die Mächte, nicht bloß die siegende Türkei, haben ein dringendes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß Griechenland sich ausschließlich der Entwicklung des eigenen Landes, den Aufgaben des Friedens widmet und Alles fortan unterläßt, was auf Ausdehnung seines Gebietes und auf abermalige Gefährdung des europäischen Friedens abzielen kann. Griechenland behält seines starken Heeres zum Schutz seiner Grenzen. Die Großmächte gewährleisten ihm, daß Griechenland seinen Besitz, und sie sind darin einverstanden, als das griechische Kriegsheer. Dieser Schutz der Großmächte bleibt auch Griechenland fern, so lange es nicht dem Willen Europas sich entgegenstellt. Es genügt also vollkommen, daß das griechische Heer fortan auf demjenigen Standpunkt gehalten wird, der erforderlich ist, um die innere Sicherheit und Ordnung zu bewahren. Dazu dürfte ein Heer von 500 bis 700 Mann, gegenüber dem bisherigen angeblichen Friedensheer von 27,000 Mann einschließlich der Flotte, vollkommen ausreichen. Die Unterhaltung einer Kriegesflotte — abgesehen von den wenigsten für den Seehandel erforderlichen Schiffen — ist vollends ausgeschlossen. Der Verlust des Krieges hat bewiesen, daß Griechenland von den schweren Kosten, die es im Laufe der letzten Jahre für die Beschaffung guter Schiffe aufgewendet hatte, nicht den geringsten Nutzen gehabt hat, daß die Schiffszünder sich vielmehr nur dazu haben bedienen lassen, offene türkische Städte wieder in Brand zu setzen, wodurch sie sich schwere Völkerverstümmelungen auf Kosten des griechischen Lebens haben zu Schulden kommen lassen und ihr Verzicht zur Erhebung der letzten türkischen Kriegskostenrechnung beitragen haben. Wie unverhältnismäßig hoch Griechenland seine Kosten für das Heerwesen zum Zweck der Verfolgung einer abenteuerlichen, für den europäischen Frieden gefährlichen und für das eigene Land recht verhängnisvoll gewordenen Politik in die Höhe geschraubt hat, ergibt sich daraus, daß es auf den Kopf der Bevölkerung nach dem letzten dreijährigen Durchschnitt jährlich im Frieden für sein Heer und seine Flotte ausschließlich der außerordentlichen Erfordernisse 8 Mark ausgiebt, während die entsprechenden Ausgaben 3. B. in Serbien 4.1, Bulgarien 5.4, Oesterreich-Ungarn 5.8, Rumänien 6 Mark betragen. Selbst in dem kriegsgeheulenen Rußland belaufen sich diese Kosten nur auf 7.8 Mark. Die Forderung, daß Griechenland fortan diese Kosten höchstens auf 4 Mark wachsen läßt, erscheint durchaus gerechtfertigt und durchführbar, das würde schon allein eine Ersparnis von rund 10 Millionen Mark im Jahre geben. Auch die letzte Jahreslast für Zinsen und Tilgung ist bei guter Verwaltung des Landes noch nicht übermäßig; sie wird auf 8 Mark auf den Kopf der griechischen Bevölkerung berechnet (18 Millionen Mark

nach dem neuesten Staatshaushalt), während beispielsweise diese Lasten betragen für Serbien 7.7, für Oesterreich-Ungarn 9.6, für Rumänien 10.9, für Belgien 14, für Italien 15.7, für Portugal 15.9 Mark. Auch in anderen Zweigen der Verwaltung sind noch nennenswerthe Einsparnisse möglich. Griechenland giebt für die Abgeordnetenämter, im Ministerium des Auswärtigen und für die Pensionen beinahe fünf Millionen Drachmen jährlich mehr aus als Serbien, ohne daß dazu irgend ein sachlicher Grund vorhanden ist. Auch hier würde also eine energische Hand leicht weitere 5 Millionen Mark ersparen können. Ferner ist bekannt, wie sehr durch griechische Miswirtschaft die Entwicklung des Landes zurückgeblieben, das Land durch Herabsetzung der Zölle verödet, der Straßen- und Bahnbau vernachlässigt worden ist, wie ungerecht die Steuerlasten vertheilt, wie wenig namentlich die reichen Griechen im Auslande zur Theilnahme an den Staatseinkünften herangezogen sind. Das die Griechen selbst außer Stande sind, Ordnung in ihren Finanzen zu schaffen, die innere Verwaltung neu zu regeln und zu bessern, die Kräfte des Landes nach Thunlichkeit zu leben und zu fördern, das hat die Geschichte des Landes in den letzten Jahrzehnten genugsam bewiesen; Finanzmänner folgten auf Finanzmänner, Ministerien auf Ministerien, immer tiefer ist das Land in Schuldenlast gerathen, und das Ergebnis war schließlich ein Bankrott, wie er schlimmer und für Griechenland entsetzlicher kaum gedacht werden konnte. Eine Besserung in dieser Zustände kann nur von außen her kommen und durch die Einwirkung einer europäischen, mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Staatsbankverwaltung erzielt werden. Je länger Griechenland zögert, sich dieser allein zu widmen und allein seinen dauernden Interessen förderlichen Maßregeln zu fügen, um so mehr verzögert es die auf ihm ruhende Last der türkischen Kriegskostenentwickelung, um so länger behält es ein starkes und kostspieliges türkisches Heer in seinen fruchtbaren Provinzen, die nicht mehr so lange und unter türkischer Verwaltung bleiben müssen, um so mehr erschwert es seine spätere wirtschaftliche Lage. Wie natürlich, sagt die „Köln. Ztg.“ am Schluß ihres erwähnten Artikels, daß Griechenland noch weiter von den Großmächten herabgedrückt werden muß, ehe es einseht, was ihm kommt, und worin es sich zu fügen hat.

Kernschreib- und Kernsprech-Berichte vom 31. Mai.

Berlin. Abgeordnetenhause. Haus und Tribünen sind dichtgedrängt. Am Regierungstische nur Minister v. B. und v. Schönerbe. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Vereinigungsproposition. Die Konventionen, sowie die Freilösungsverträge haben ihre Anträge aus zweiter Lesung wieder eingebracht. Nur das Referendariat ist von den Konventionen nicht wieder beantragt. Nachdem jetzt zum Artikel 2 ein Antrag Hildert vor, welcher auch den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen und Vereins-Vermählungen gestattet. Abg. Stoepel (Centr.) wendet sich gegen den Ausschluss der Widerständigen von politischen Versammlungen und Vereinen, wodurch namentlich in den Industriestädten gerade die evangelischen und katholischen sozialen Vereine getroffen und die sozialdemokratische Agitation mächtig gefördert würde. Abg. Hildebrandt erklärt, die Nationalliberalen würden an den Beschüssen der 2. Lesung festhalten, und nicht darüber hinausgehen. Auch sie hielten eine Stärkung der Autokratie des Senates gegenüber der Sozialdemokratie für nöthig (Hör! Hör! Rechts). Aber die vorgelegenen Bestimmungen seien dazu durchaus ungeeignet. Seine Freunde glaubten, mit der Annahme der Beschlüsse 2. Lesung der Regierung ein hinreichendes Entgegenkommen gezeigt und einen ausserordentlichen Dienst geleistet zu haben. (Widerpruch rechts.) Abg. v. Kardorff (freikons.) bemerkt gegenüber einer Neußerung Dr. Lieber's in der 2. Lesung, für die erste Verlängerung des Sozialistengesetzes hätten schon 12, für die zweite sogar 37 Mitglieder des Centrums gestimmt. Eine kleine Minorität könne man dies doch kaum nennen. Später, in dem Kartellvertrage, hätten freilich nur 8 Centrumsmitglieder für die Verlängerung gestimmt, sehr viele hätten aber gefehlt. Abg. Dr. Lieber (Centr.): Jedenfalls hat niemals die Mehrheit des Centrums für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt. Die Theilnehmenden rechnen nicht mit Wir halten an dem Standpunkt fest, den wir in der 2. Lesung eingenommen. Für ein Ausnahmeregime, wie es der Antrag Hildert will, können wir auch nicht, am wenigsten jetzt und hier, stimmen. Wir sind nach allen unsren Kräften bemüht, mit den rechten Mitteln der sozialdemokratischen Gefahr zu begegnen. Mögen auch alle andern, die es angeht, daran denken, daß sie das Uebel an der Wurzel treffen, statt an den Symptomen zu lauern und dadurch nur die todbringende Krankheit noch weiter in den Körper zu treiben. — Der Antrag der Konventionen zu Artikel 1 der ursprünglichen Regierungsvorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Konventionen abgelehnt, ebenso und zwar mit 27 gegen 188 Stimmen der freikonservativen Antrag. Das Ergebnis wird links und im Centrum mit lebhaftem Beifall, rechts mit Zischen aufgenommen. Abg. v. Lehmann (nat.-lib.) bittet, den Antrag Hildert abzulehnen, weil man die Aufhebung des § 8 nicht mit Dingen verwechseln dürfe, die nicht damit im Zusammenhang stehen. Abg. Ewald (Centr.): Auch und kann der Umstand, daß die Regierung über die einfache Aufhebung des Sozialistengesetzes hinausgegangen ist, nicht veranlassen, ihr auf diesem Wege zu folgen; wir müssen daher gegen den Antrag stimmen. Abg. Richter von Zedlitz (freikons.) dankt dem Abg. Hildert, daß er durch seinen Antrag bewiesen habe, daß, wenn man einmal an eine Revision des Vereinsgesetzes denke, man sich nicht auf die einfache Aufhebung des § 8 beschränken werde. Abg. Hildert: Sein Antrag ist nur ein eventuellet; er werde selbstverständlich gegen den Artikel im Ganzen stimmen. Der Antrag Hildert wird gegen die Freikonservativen und einzelne

Nationalliberale abgelehnt und Artikel 2 unverändert angenommen. Zu Art. 3 beim letzten Abg. v. Unterlag oder demjenigen der Vorstehende die Erlaubnis der Annäherung und der weichenen lichen Maßregeln zur Durchführung derselben, so treffen ihn die Strafen u. s. w.“ beantragt Abg. Dr. Lehmann (nat.-lib.) die Streichung der Worte „und der zweifelhaflichen Maßregeln zur Durchführung derselben“ als unnütze Erörterung des Amtes des Vorstehenden. Abg. v. Zedlitz befaßt diesen Antrag als eine weitläufige Abschweifung des auf seinen Antrag in zweiter Lesung beschlossenen letzten Abg. des Artikels. Abg. Dr. Lehmann (Centr.) erklärt sich für den Antrag Lehmann, aber gegen den ganzen Artikel. Der Antrag Hildert wird abgelehnt, der Antrag Lehmann mit derselben Mehrheit angenommen und der in abgedruckte Art. 3 durch die Rechte und die Nationalliberalen anrecht erhalten. Zur Einleitung und Lieberthal erklärt Abg. Graf Limburg: Die konservative Fraktion bleibt auf dem Boden der Regierungsvorlage fest stehen; nur um uns die Möglichkeit zu verschaffen, bei den weiteren Stadien hier und im Reichshaus unseren Standpunkt noch zur Geltung zu bringen, werden wir heute in der Gesamtversammlung für das Gesetz stimmen. (Weiteres.) In der Gesamtversammlung wurde hierauf das Gesetz gegen Centrum, Freikonservativen und Polen in einfacher Abstimmung angenommen. Präsident v. Koller stellt alsdann ohne Widerspruch fest, daß das Gesetz als Verfassungsänderung anzusehen und daher nach 21 Tagen eine zweite Abstimmung erforderlich ist. — Die vom Herrenhaus beschlossene Abänderung der Preisen-Nachrichten Landeseinheitsordnung wird mit 25 gegen 185 Stimmen verworfen, womit das Zustandekommen des Gesetzes in Frage gestellt ist.

Berlin. Prozeß Tausch. 6. Tag. In der Fortsetzung des Prozeßes wird Geh. Rath v. Polippöbern vom Ministerium des Innern vernommen, der sich erinnert, einen an das Ministerium des Innern gerichteten, den Bureauchef des Reichsanzeigers, Regierungsrath Knud verhänglichen Brief gesehen zu haben, den Polippöbern im Auftrage Tausch's geschrieben haben soll. Der folgende Junge Geh. Oberregierungsrath Friedheim vom Polizeipräsidium sagt aus: Als v. Tausch mit der Ermittlung der Identität des Artikels der „Welt am Montag“ betraut war, theilte v. Tausch einmal mit, es sei erkrankt, daß der Artikel aus dem Auswärtigen Amte stammen solle; er glaube zwar nicht an die Richtigkeit dieser Nachricht, doch habe sein Gedächtnis ihm behauptet, daß v. Tausch im Auswärtigen Amt empfangen wurde. Der von Tausch über die ganze Angelegenheit erläuterte Bericht sei vom Polizeipräsidium in dienstlichem Intresse eingeleitet worden. Vor der Behandlung des Prozeßes v. Tausch drückte Tausch seine Freude aus, öffentlich darlegen zu können, daß die politische Polizei keine Politik treibe. Als der Tagblatt-Artikel erschien, beauftragte Tausch, daß Polippöbern vertrauliche Mittheilungen veröffentlicht habe und nach dem Urtitel. Auf Verlangen des Reichsanzeigers stellt Oberregierungsrath Friedheim dem Angeklagten v. Tausch das Zeugnis eines pflichtgetreuen Beamten und wahrheitsliebenden Mannes aus. Es wird alsdann der deutsche Botschafter in Wien Graf Fulerburg vernommen. Der Zeuge stellt jede nähere Beziehung zu Tausch durchaus in Abrede. Er habe Tausch in Abzuga kennen gelernt und halte es nicht für unwahrscheinlich, zu demselben gelangt zu haben, wenn er einmal etwas Interessantes habe, solle er es ihm mittheilen. In dem Briefe, den Tausch an ihn gelangt habe, hätte er lediglich eine Anmerkung für sich selbst. Den Brief besitze er nicht mehr, denn er habe ihn weiter keinen Zweck beigestellt. Zeuge habe in Stettin dafür gehört, daß Tausch auf die österreichische Lebensliste gesetzt worden sei, und ihn zur Verleibung brieflich beglückwünscht, weil er Tausch als fremdlichen, lebenswürdigen Menschen kennen gelernt habe. Als Zeuge den Artikel der „Welt am Montag“ empfangen habe, habe er nicht den Eindruck eines beiderseitigen Intimes empfunden. Der nächste Zeuge ist Generalsekretär Bued, der mit Tausch vom Stammtisch bei Seiden bekannt ist. Der Zeuge giebt Aufklärung über das Verhältnis des Herrn Schworin zum Centralverband der Industriellen. Tausch giebt Herr Schworin im Auftrage des Verbandes eine Reichsfortschrittsbewegung, für die er 12,000 M. bezieht. Diese Korrespondenz diene zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und werde an die Redaktionen der kleineren Zeitungen gelangt. Das Geld für diese Korrespondenz erhalte Schworin nicht durch die Diskontogewinnung, sondern durch ihn, den Zeugen. Es folgt alsdann die Vernehmung des Polizeipräsidiums v. B. und v. C. In Bezug auf den Fall Polippöbern bestätigt der Polizeipresident, daß Tausch ihm erklärt habe, er hätte dem Dr. Polippöbern nicht gefragt, weder würde von Herrn v. Reichthal empfangen. Der Zeuge wird er über die aufzufallende Thatsache befragt, weshalb wohl Tausch schon zwei Tage vor dem Prozeß v. Tausch zu Journalisten gelangt habe, doch es in diesem Prozeß auf ihn abgesehen sei. Herr v. Windheim erklärt, daß er allerdings damals schon denselben Eindruck gehabt habe. Zeuge stellt Herrn v. Tausch das Zeugnis eines fleißigen und brauchbaren Beamten aus, hebt aber hervor, daß er den Angeklagten einmal wegen einer gewissen Selbstüberhebung ernstlich rekräftigt habe. Auf Verlangen des Oberstaatsanwalts äußert sich der Polizeipresident dahin, daß nach seiner Ansicht Tausch durch seine Antrichtung bei dem Kriegsministerium seiner Pflichten als Berliner Kriminalkommissar nicht entbunden worden sei. Zeuge giebt dann einige Aufklärungen über die Organisation der politischen Polizei, aus denen hervorgeht, daß er über die Interna der Agenten keine Kenntniss habe. Der Zeuge erkennt an, daß die Entlassung solcher Agenten Insubordinationsdelicten für die Behörden mit sich bringe, insofern, als solche Agenten Insubordinationsdelicten könnten. In Bezug auf die Unterlassung der Strafverfolgung gegen Tausch hätte sich Tausch bei dem Chef der politischen Polizei informieren sollen. Tausch erklärt, dies aus dem Grunde nicht gethan zu haben, weil er das Kriegsministerium in diesem Falle als befehlsgewaltig und entscheidend anzuwenden habe, unbedenklich gewesen sei, anzunehmen, daß das Kriegsministerium eine Verfolgung der Sache nicht wünsche. Der Präsident hebt hervor, daß Tausch in diesem Falle in Konflikt mit seiner Stellung als einfacher Kriminalkommissar und als Vertrauenspolizeibeamter des Kriegsministeriums gekommen sei, welches die Unterlassung der Strafverfolgung gegen v. Tausch erklärlich mache. Um es erklärlich zu machen, daß v. Tausch bei der Unterlassung der Strafverfolgung gegen Tausch die Unterlassung der Strafverfolgung gegen Tausch zu handeln, bringt Rechtsanwält Dr. Lubbenhoff zur Sprache, daß die Polizei um sich in den Besitz einer für hohe politische Zwecke geschiedenen Korrespondenz Wehrlind zu legen, sich eines gefälschten Briefes mit der unrichtigen Unterschrift Graf v. Carmer, Mitglied des Reichstags, bedient habe. Der Ober-

Triumph-Seife